

Bürger*innenausschuss des
Rates der Stadt Bielefeld

Niederwall 25
33602 Bielefeld

Bürger*innenantrag an den Rat der Stadt Bielefeld

Bielefeld, den 08.09.2018

Als Teil der Bielefelder Seebrücke unterstütze ich die Initiative von Oberbürgermeister Clausen, dass Bielefeld der Bundesregierung anbietet, zusätzlich unbegleitet minderjährige Geflüchtete aufzunehmen. In Verbindung mit dem von Herrn Clausen geschriebenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel ist dies ein gutes Symbol gegen die aktuell betriebene Abschottungs- und Abschreckungspolitik großer Teile der EU und der Bundesregierung.

Die Forderung der Seebrücke Bielefeld ging und geht aber über diesen Schritt hinaus!

Ich fordere den Rat der Stadt Bielefeld im Namen von Seebrücke Bielefeld dazu auf, folgende Punkte in den Antrag des Oberbürgermeisters mit aufzunehmen bzw. diesen durch einen eigenen Antrag aus dem Stadtrat/den Fraktionen zu ergänzen:

1. Die Solidarität darf nicht auf unbegleitete minderjährige Geflüchtete begrenzt werden! Dies weder aus Gründen der leichteren Durchsetzbarkeit in der Öffentlichkeit, noch aus praktischen Erwägungen.
2. Auch darf die Erklärung der Aufnahmebereitschaft in diesem Fall nicht an die erwartete 100%-ige Refinanzierung geknüpft werden – auch wenn das als Forderung selbstverständlich gerechtfertigt ist. Wenn Land und Bund nicht bereit sind, der Einreise von sich aus zuzustimmen, kann die Refinanzierung aber nicht vorausgesetzt werden. Menschliche Solidarität zeigt sich gerade an ihrer Bedingungslosigkeit.
3. Der Rat der Stadt Bielefeld soll sich, und in seinem Auftrag der Oberbürgermeister, in allen überregionalen Gremien und Vertretungen wie dem Städtetag für weitere lokale Unterstützungserklärungen einsetzen, dafür bei anderen Kommunen werben und sich mit den Aufnahmebereiten vernetzen, um so den eingelegten Widerspruch zur aktuellen Politik

gegenüber Geflüchteten zu bündeln und zu einem stärkeren Ausdruck zu verhelfen.

4. Der Rat der Stadt Bielefeld soll sich, und in seinem Auftrag der Oberbürgermeister, in allen überregionalen Gremien und Vertretungen wie dem Städtetag für eine (Re-)Humanisierung der EU-Politik gegenüber Geflüchteten einsetzen, sich für sichere Fluchtwege und Zugänge zu Asylverfahren stark machen und allen Plänen von „Ankerzentren“, „Hot-Spots“ und Auffanglagern auf europäischem oder außereuropäischem Boden entgegenreten.

Langfristiges Ziel sollte es sein, Bielefeld in dieser Zeit des allgegenwärtigen Rechtsrucks und der (Re-)Individualisierung aller Lebensrisiken wie Krankheit, Wohnungsnot, Alter, Bildungslücken und Armut zu einer solidarischen Stadt zu machen und dieses gegen jedwede Klientelinteressen zur Maxime aller Politikfelder werden zu lassen.

Nehmen sie nicht erneut zuvorderst die zahlreichen Ressentiment geladenen Äußerungen in der Öffentlichkeit wahr, die sich zum „Bürgerwillen“ erklären und den Mut, zu politischen und humanitären Grundsätzen zu stehen, einschüchtern wollen. Nehmen sie das Bedürfnis vieler Menschen, sich von diesem angeblichen Bürgerwillen nicht länger mundtot machen zu lassen, wie er sich in den Seebrücke- und Wir-sind-mehr-Demonstrationen zeigt, ernst und unterstützen sie diesen breiten Ausdruck durch mutige und entschlossene Entscheidungen.

Mit freundlichen Grüßen